

Offener Brief an die Landtagsabgeordneten der CDU und SPD im Saarland

Für einen Abschiebestopp nach Afghanistan

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hand aufs Herz: Glauben Sie, dass Afghanistan sicher ist? Trotzdem werden einmal im Monat in sogenannten Sammelabschiebeflügen ohne Skrupel Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Auch das Saarland hat sich in den vergangenen Monaten unregelmäßig an diesen Flügen beteiligt.

Diese Flüge sind ein Politikum und es braucht schon eine große Portion Ignoranz, um gegen alle Warnungen von Menschenrechtsorganisationen, den beiden großen Kirchen in Deutschland oder dem Repräsentanten des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) nach Afghanistan abzuschieben.

Die Sicherheitslage hat sich dort in den letzten Jahren extrem verschlechtert und Kabul ist keine sichere Fluchialternative, sondern einer der gefährlichsten Orte des Landes. Neben dem islamistischen Terror durch Taliban und Islamischen Staat tragen korrupte staatliche Sicherheitsorgane, private Milizen sowie Angriffe der westlichen Allianz (Stichwort Drohnenkrieg) und der afghanischen Armee zu einer gravierenden Verunsicherung der Bevölkerung bei. Die Infrastruktur des Landes ist weitestgehend zerstört und das politische System von Korruption und der Scharia geprägt. Das deutsche Außenministerium warnt zu Recht vor Reisen nach Afghanistan und Außenminister Heiko Maas (SPD) bewegte sich bei seinem Blitzbesuch in Kabul im März dieses Jahres ausschließlich im gepanzerten Fahrzeug und mit Schutzweste durch die Stadt.

Warum also Abschiebungen nach Afghanistan? Weil es um „Straftäter“, „Gefährder“ oder „Identitätstäuscher“ geht? Gerade in Bezug auf Afghanistan haben diese Kategorien vor allem die Funktion, in der Öffentlichkeit Abschiebungen dorthin zu legitimieren, quasi als Türöffner für den „Rest“. Denn seit der Innenministerkonferenz im Juni 2018 können alle ausreisepflichtigen Afghanen abgeschoben werden, wie uns das saarländische Innenministerium im März schriftlich mitgeteilt hat.

Um nicht missverstanden zu werden: Straftäter sollen bestraft werden, Doppelbestrafungen und „Entsorgung“ problematischer Zeitgenossen durch Abschiebungen lehnen wir hingegen ab. Was ist das überhaupt für ein Verhältnis zu anderen Ländern?



Kaiser-Friedrich-Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Dienstag: 15 – 17 Uhr
Donnerstag: 10 –13 Uhr

Vorstand:
Maria Dussing-Schuberth
Peter Nobert
Gertrud Selzer

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
BLZ 59350110
Kto-Nr. 200630986

Die Mehrzahl der bisher abgeschobenen Afghanen waren keine Straftäter. Hinzu kommt, dass der Begriff „Straftäter“ im allgemeinen Sprachgebrauch oft mit Mord, Vergewaltigung oder schwerer Körperverletzung assoziiert wird. Doch unter den Abgeschobenen waren tatsächlich nur sehr wenige Kapitalverbrecher. Die spezifisch deutsche Diskussion hat allerdings dazu geführt, dass man den Abgeschobenen in Afghanistan mit großem Misstrauen bis hin zur sozialen Ächtung begegnet: „Vorsicht! Das sind Kriminelle.“

Nein, es gibt keine sicherheitspolitische Notwendigkeit, nach Afghanistan abzuschicken. Abschiebungen in ein so gefährliches Land sind unmenschlich und für die Betroffenen traumatisierend. Deswegen erwarten wir von der saarländischen Landesregierung, dass sie im Saarland einen Abschiebestopp nach Afghanistan verhängt. Das ist nicht nur politisch geboten, sondern auch juristisch möglich. Ein Abschiebestopp wäre ein positives Zeichen der Entwarnung gegenüber den betroffenen und zutiefst verunsicherten afghanischen Flüchtlingen, aber ebenso eine humanitäre Geste in Richtung Gesellschaft, bei klarer Abgrenzung gegenüber allen politischen Hardlinern, die unter Flüchtlingspolitik vor allem Abschottung und Abschiebungen verstehen.

Freundliche Grüße
Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

Saarlouis, 17.06.2019